

## **Nur zusammen sind wir stark – mehr JU für eine starke CDU Saar**

**Antragsteller:** JU Kreisverband St. Wendel

*Der Saarlandtag der Jungen Union Saar wolle beschließen:*

Die verlorene Landtagswahl liegt am Saarlandtag 2023 beinahe auf den Tag genau ein Jahr zurück. Ein guter Zeitpunkt, um zurückzublicken und Bilanz zu ziehen: Noch immer sehen wir als Junge Union konkreten Handlungsbedarf bei der personellen sowie inhaltlichen Einbindung der JU in die Arbeit der CDU Saar. Um die bevorstehende Kommunalwahl erfolgreich gestalten zu können und eine starke Stimme für die junge Generation zu sein, ist es von entscheidender Bedeutung, dass unsere Perspektiven und Ideen berücksichtigt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die Interessen und Bedürfnisse der jungen Wählerschaft gehört werden, um das Vertrauen potenzieller Wähler zurückzugewinnen und sie authentisch anzusprechen.

### **1. Die Junge Union Saar muss bei den inhaltlichen Debatten mit am Tisch sitzen**

Als Junge Union Saar begrüßen wir die Vielzahl von angestoßenen Debatten und inhaltlichen Forderungen der CDU Saar und der CDU-Landtagsfraktion in ihrer neuen Oppositionsrolle. Es ist richtig und wichtig, dass wir konstruktive Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes machen und zeigen, dass wir die besseren und vernünftigeren Konzepte haben. Die Junge Union Saar muss jedoch in Zukunft inhaltlich stärker beteiligt werden, wenn es darum geht, Konzepte und Positionen der CDU Saar zu entwickeln. Gerade wenn es um Themen geht, die die junge Generation betreffen, ist es unabdingbar, dass „mit der“ statt „über die Jugend“ gesprochen wird.

In diesem Zusammenhang kann beispielhaft die Debatte um ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr genannt werden. Es gibt viele gute Gründe, die für einen solchen Vorschlag sprechen. Sowohl im politischen als auch im vorpolitischen Raum zeichnen sich Sympathiebekundungen aus den unterschiedlichsten Richtungen ab. Es ist also gut und zeitgemäß, dass diese Debatte jetzt geführt wird. Dabei muss die Junge Union mit am Tisch sitzen – es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der jungen Generation mit einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr von oben, von der CDU, etwas übergestülpt wird und die Betroffenen selbst nur am Rande gehört werden. Die Formulierung „Anti-Ego-Gesetz“ macht eine echte Debatte auf Augenhöhe schlichtweg unmöglich, egal ob die Formulierung von der Presse oder von der CDU selbst stammt. Auch der Verlauf der Diskussion rund um eine Frauenquote war aus Sicht der Jungen Union Saar nicht zufriedenstellend. Dass die CDU Saar in die Diskussion innerhalb der Jungen Union Saar hineingehorcht hat, begrüßen wir ausdrücklich. Antworten und Erklärungen seitens der CDU haben im Nachgang hingegen gefehlt. Es muss gelebte Praxis sein, dass die CDU Saar den aktiven Austausch mit der Jungen Union sucht, wenn sie Debatten anstößt, damit sie unseren Ideen angemessen Anerkennung schenkt. Denn für uns ist klar, dass wir uns keiner Diskussion verschließen dürfen und es schaffen müssen, die politischen Debatten anzuführen. Unser Anspruch ist es, dass wir zusammen mit der CDU Saar stärker den Fokus auf die Themen der jungen Menschen lenken. Wir müssen uns offen und ehrlich einem Austausch stellen, auch und gerade, wenn es um grundlegende Haltungen der Partei geht, wie zum Beispiel bei der Positionierung zur Frage der Legalisierung von Cannabis.

## **2. Nur gemeinsam sind wir stark – Volkspartei der Zukunft**

Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm der CDU Saar läuft auf Hochtouren. Wir begrüßen die vielen Angebote zur Beteiligung, die im Rahmen der Basistour sowie durch die Thementische der CDU in den Verbänden geschaffen wurden. Diese Form der Einbindung ist für die Junge Union Saar jedoch im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit nicht ausreichend:

Die Junge Union ist Motor und Gewissen der CDU Saar. Wir sind keine bloße Eingreiftruppe, wenn es darum geht, Plakate aufzuhängen, bei Veranstaltungen zu unterstützen oder medial den politischen Gegner anzugreifen. Wir müssen daher mit am Tisch sitzen, wenn Entscheidungen getroffen werden. Mit dem Wahlvorschlag von Carolin Mathieu als stellvertretende Generalsekretärin der CDU Saar und weiteren jungen Mitgliedern im CDU-Landesvorstand ist hier ein erster Schritt gelungen, um die inhaltliche und personelle Stärke der Jungen Union Saar anzuerkennen. Es ist aber unerlässlich, dass es nicht dabei bleibt und dass in Zukunft die Junge Union Saar, als nächste Generation der CDU Saar, sowohl inhaltlich als auch personell noch stärker in die politische Arbeit der CDU Saar strukturell eingebunden wird.

## **3. Inhaltlich und personell: Wir müssen jetzt die Weichen stellen für eine erfolgreiche Kommunalwahl 2024**

Als junge Generation wollen wir die Zukunft unserer Heimat mitgestalten. Als politische Jugendorganisation haben wir den Anspruch, Ansprechpartner und Sprachrohr für die Jugend im ganzen Saarland zu sein. Damit uns dies langfristig gelingt, müssen wir auch hier sowohl inhaltlich als auch personell stärker beteiligt werden. Kommunalwahl ist JU-Wahl: Jetzt haben wir die Chance, frühzeitig die richtigen Weichen für eine erfolgreiche Kommunalwahl 2024 zu stellen.

Die Listen für die kommende Kommunalwahl müssen nicht nur jünger und weiblicher werden, sie müssen auch die gesamte Breite der Bevölkerung abbilden. Allerdings setzt dies voraus, dass wir als JU in den Prozess zur Vorbereitung auf die Kommunalwahl frühzeitig eingebunden werden. Deshalb ist unsere konkrete Forderung: Jeder dritte Listenplatz soll bei der Kommunalwahl 2024 mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten unter 35 besetzt werden. Darüber hinaus müssen wir als Volkspartei auch zeigen, dass wir konkrete Ideen und Konzepte zu Themen wie Wohnraum, ÖPNV, Bildung und Ehrenamt haben und damit die Interessen der jungen Generation adressieren. Wir fordern deshalb, dass der Prozess zum Wahlprogramm der CDU Saar zur Kommunal- und Europawahl 2024 frühzeitig, transparent und mitgliederoffen gestaltet und damit eine echte inhaltliche Einbindung der Vereinigungen ermöglicht wird. Egal ob im Wahlkampf oder im Vorfeld: Die Junge Union garantiert vollen Einsatz, inhaltlich wie personell – wir liefern und wollen, dass genau diesem Engagement in Zukunft noch stärker Rechnung getragen wird.

## **Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung nicht im Regen stehen lassen – der Bund muss seiner Verantwortung endlich nachkommen**

**Antragsteller: JU Kreisverband St. Wendel**

*Der Saarlandtag der Jungen Union Saar wolle beschließen:*

Wir sind alle schockiert über die Bilder und Nachrichten des Krieges in der Ukraine und über das unsägliche Leid, das durch den Angriff Putins ausgelöst wurde. Unsere humanitäre Verantwortung und unser christliches Menschenbild gebieten Unterstützung für diese Menschen in Not! Dazu gehört auch die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten. In der Praxis stellt das unsere Kommunen jedoch vor große Herausforderungen und Probleme – auch und besonders im Saarland. Die Belastungsgrenzen sind erreicht und vielerorts überschritten: Für uns als Junge Union Saar steht fest, dass wir unsere Kommunen bei dieser Mammutaufgabe nicht alleine lassen dürfen und deshalb fordern wir ein schnelleres und entschlosseneres Eingreifen der Bundesregierung. Es ist jetzt Zeit zu handeln: Unsere Kommunen sind mit einem enormen finanziellen Mehraufwand konfrontiert, um die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Vor Ort müssen zum Teil zusätzliche Wohnungen angemietet oder sogar Hallen zur Verfügung gestellt werden – das kostet viel Geld und wirkt sich zudem aktuell auch zu Lasten vieler Vereine und Schulkinder aus, die Hallen für ihren Sportunterricht und den Vereinssport nicht nutzen können. Das ist keine zufriedenstellende Lösung!

Ein gutes Beispiel für die angespannte und dramatische Lage in unseren Kommunen ist der Brandbrief eines saarländischen SPD-Bürgermeisters, welcher der SPD-geführten Bundesregierung mit drastischen Worten vorwirft, die Probleme in den Kommunen, die sich aus der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ergeben, nicht zu beachten und nicht ernst zu nehmen. Der betreffende Bürgermeister trifft hier einen wunden Punkt, der vielerorts geteilt wird.

Unsere Kommunen brauchen keine mündlichen Bekundungen und Versprechen, sondern konkrete Ergebnisse, die ihre Arbeit vor Ort finanziell unterstützen: Die Flüchtlingssituation muss deutschlandweit besser gesteuert und koordiniert werden! Die Bundesregierung lässt unsere Kommunen aktuell in dieser dramatischen Situation im Regen stehen – das ist fatal und zeigt, dass Olaf Scholz und die SPD-geführte Bundesregierung in ihrer Berliner Bubble die Sorgen und Nöte vor Ort nicht in den Blick nehmen.

Beim vergangenen Flüchtlingsgipfel der Bundesregierung wurden im Februar konkrete Entscheidungen und Zusagen bis mindestens Ostern vertagt und Arbeitsgruppen eingesetzt.

Der Bund muss sich seiner Verantwortung endlich bewusst werden und entschlossen Entscheidungen treffen und handeln! Die Junge Union Saar fordert deshalb die Bundesregierung dazu auf, konkrete Lösungen zur Unterstützung und Entlastung der Kommunen vorzulegen und sich insbesondere für die finanziellen Mehrbelastungen verantwortlich zu zeichnen!

## **Paket zum Saarlandpakt: Kommunen weiter stärken**

### **Antragssteller: JU Stadtverband St. Wendel**

Der Saarlandpakt mit der Übernahme von Kassenkrediten seitens des Landes war ein erster richtiger und wichtiger Schritt zur Stärkung der 52 saarländischen Kommunen. Durch die gewonnenen Spielräume konnten die strukturell finanzschwachen Kommunen wirksam entlastet werden.

Insbesondere die anhaltende Krise, die Inflation und die gestiegenen Lohnkosten im öffentlichen Bereich führen zu einer schwierigen kommunalen Finanzlage und die im Saarlandpakt festgelegten Konsolidierungsziele sind in Anbetracht der haushälterischen Lage kaum einzuhalten. Die um circa 20% gestiegenen Kreisumlagen verschärfen diese prekäre Lage weiter, Sparbemühungen der Städte und Gemeinden werden so vereitelt und die Infrastruktur kann kaum aufrechterhalten werden.

Die Junge Union Saar fordert die Landesregierung auf, in einem Zweiklang den Saarlandpakt nachzuschärfen (insbesondere durch Lockerung der Schuldenregeln und Streckung der Tilgungszeiträume) und weitere Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung der Kommunen zu schaffen.

**Antragsteller:**

**Junge Union Gemeindeverband Tholey**

**Förderung von Balkon Photovoltaik**

**Antrag:**

**Die Junge Union Saar spricht sich für eine Übernahme der EU-Bagatellgrenze von 800 Watt für Balkonkraftwerke in Deutschland aus!**

**Begründung:**

„Auf europäischer Ebene wurde mit der Regulation for Generators (RFG) eine Bagatellgrenze bis 800 W eingeführt. Im Rahmen der europäischen Vereinheitlichung schlägt der VDE vor, diese Bagatellgrenze auch in Deutschland zu übernehmen. Somit wären Anlagen bis 800 W aus Sicht der Netzbetreiber nicht mehr als „netzrelevant“ anzusehen.“  
Zitat VDE (Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.)

Aktuell ist Deutschland das einzige EU Land, das die Bagatellgrenze für Balkonkraftwerke auf 600 Watt festgelegt hat. Wir als JU möchten die Forderung des VDE aufnehmen und sind für eine Anhebung der Bagatellgrenze in Deutschland auf 800 Watt. Dies trägt zu einer Vereinheitlichung der EU Regelung bei und bringt uns auf Augenhöhe mit den übrigen Mitgliedsstaaten.

Eine weitere Forderung ist es, dass Balkonkraftwerke bis zur Bagatellgrenze (800 W Systemgesamtleistung) an jedem Zählertypen verwendet werden dürfen. Zähler sollen im Rahmen der Bagatellgrenze auch rückwärtslaufen dürfen. Verbraucher, die mit Hilfe einer solchen Anlage Stromkosten sparen wollen, müssten so nicht bis zum von der Bundesregierung beschlossenen Wechsel des Stromzählers zum Smart Meter warten.

Um die bürokratischen Hürden auf ein Minimum zu reduzieren, sollte es in Zukunft nur noch nötig sein, Balkonkraftwerke bei der Bundesnetzagentur an- bzw. abzumelden oder Änderungen an der Anlage zu melden.

Pressemeldung der VDE vom 11.1.2023

<https://www.vde.com/de/presse/pressemitteilungen/2023-01-11-mini-pv>

**Antragsteller:**

**Junge Union Gemeindeverband Tholey**

**Förderung von Balkon Photovoltaik**

**Antrag:**

**Die Junge Union Saar spricht sich für eine staatliche Förderung der Balkonkraftwerke für den privaten Bereich aus!**

**Begründung:**

Die Energiewende ist im vollem Gange. Die Stromerzeugung muss „nachhaltig“ sein und die Energiekosten müssen gesenkt werden. Zwei Forderungen, die allgegenwärtig zu hören und zu sehen sind.

Um diesen Forderungen nachzugehen fordert die JU eine pauschale finanzielle Förderung für private Balkonkraftwerke die der Betreiber beantragen kann.

Der finanzielle und bürokratische Aufwand ist deutlich geringer als bei einer kompletten Dach-Eindeckung mit Photovoltaik. Es wird keine EEG Umlage fällig, kein Einspeisezähler und keine teure und aufwändige Installation durch einen Fachbetrieb. Die Balkonkraftwerke können eigenständig am Wunschort befestigt und anschließend über die normale Haushaltssteckdose angeschlossen werden.

Die Investitionskosten sind je nach Eigenverbrauch in ca. 5 Jahren eingespart und damit deutlich schneller als bei einer großen Anlage. Damit tun wir der Umwelt und unserem Geldbeutel etwas Gutes.

**Satzungsändernder Antrag**

**Antragsteller:**

Landesvorstand

**Antrag:**

neu § 24a Ombudsstelle

(1) Die Ombudsstelle besteht aus zwei Mitgliedern, die vom Landesvorstand bestellt und entlassen werden. Die Mitglieder der Ombudsstelle sind Vertrauensleute, an die sich in Fällen von Sexismus oder ungebührlichem Verhalten gewendet werden kann.

(2) Der Landesvorstand gibt der Ombudsstelle eine Verfahrensordnung.

**Begründung:**

ggf. mündlich

## Änderungsanträge

### Änderungsantrag des JU Kreisverbandes Saarlouis zum Antrag:

**„Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung nicht im Regen stehen lassen – der Bund muss seiner Verantwortung endlich nachkommen“**

Betreffend: letzter Absatz, Satz zwei

Alte Fassung:

Die Junge Union Saar fordert deshalb die Bundesregierung dazu auf, konkrete Lösungen zur Unterstützung und Entlastung der Kommunen vorzulegen und sich insbesondere für die finanziellen Mehrbelastungen verantwortlich zu zeichnen!

Neue Fassung

Die Junge Union Saar fordert deshalb **die SPD-geführte Landesregierung auf sich bei der die Bundesregierung dazu** dafür einzusetzen, dass diese **auf**, konkrete Lösungen zur Unterstützung und Entlastung der Kommunen vorlegt **vorzulegen** und sich insbesondere für die finanziellen Mehrbelastungen verantwortlich **zeigt zu zeichnen!**